



Start ins Wahljahr

> **Gemeinsam für öffentliche Daseinsvorsorge**

Auch auf bezirklicher Ebene rüsten die Parteien zum Wahlkampf. Der Einfluss auf die Geschicke der Stadt ist hier zwar nicht über alle Maßen groß. Doch er ist auch nicht so klein, als dass man die Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ignorieren sollte.

Immerhin stellt der Bezirk Bebauungspläne auf, weist Milieuschutzgebiete aus, stellt die soziokulturelle Infrastruktur bereit und vieles mehr. Damit fällt die Kommune stadtbildprägende Entscheidungen und auch solche mit Einfluss auf die Mieten.

Die politische Farbe spielt dabei eine größere Rolle, als man gemeinhin denken mag.

Die Neigung, öffentliche Güter wie Bibliotheken und Jugendfreizeiteinrichtungen, aber auch Grund und Boden zu privatisieren, ist weit verbreitet.

Die erfolgreichste Berliner Schulform - die Gemeinschaftsschule -

wird nicht überall mit Begeisterung gefördert. Und auch der Ausbau der öffentlichen Versorgung mit qualitativ hochwertigen Kita-, Hort- und Schulplätzen und mit Angeboten für die älteren Generationen wird nicht von allen Parteien mit der gleichen Energie verfolgt.

Für den sozialen Zusammenhalt und lebenswerte Kieze, in die man nicht nur ziehen, sondern in denen man auch bleiben kann, sind diese Themen aber entscheidend. Die bestmögliche Bildung der nachwachsenden Generation ist nicht nur ein Wert an sich, sie nützt allen.

Das gilt auch für die Gestaltung des öffentlichen Raums. Spielplätze, Grünanlagen und Parks sowie öffentliche Gebäude sind oft in einem erbärmlichen Zustand. Öffentliche Verkehrsmittel sind unpünktlich und stehen im Stau.

Schwerpunktthema

- > **Thälmannpark: Betongold statt Lebensqualität**
... weiter auf Seite 3
- > **LINKE gegen Kampfeinsatz in Syrien**
... weiter auf Seite 4
- > **Geflüchtete in Prenzlauer Berg** ... weiter auf Seite 4
- > **Zukunft für Peter Edel**
... weiter auf Seite 5
- > **Kavalierstraße: Stopp für Gesobau** ... weiter auf Seite 5
- > **Geld ausgeben ist keine Kunst** ... weiter auf Seite 6

Wir brauchen eine neue Wertschätzung des gemeinsamen Öffentlichen.



Dafür steht DIE LINKE.

Sören Benn
Vorsitzender
DIE LINKE Pankow

> **Unterstützung für Geflüchtete**

Stadträtin Christine Keil (DIE LINKE) berichtete von ihren Bemühungen um die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. Bereits zuvor hatte sie im Kinder- und Jugendhilfeausschuss ein entsprechendes Konzept ihres Amtes vorgestellt. Mit dem Jugendmigrationsdienst der Caritas und dem Programm »Willkommen bei Freunden« der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung stellten sich dort zwei Akteure vor, die mit dem Bezirksamt Pankow zusammenarbeiten werden.

> **Elias Kindergarten**

Die Linksfraktion forderte in einem Antrag das Bezirksamt auf, die Baugenehmigung für ein Hinterhaus in der Dunckerstraße 2a auszusetzen. Mit einem Gutachten soll geklärt werden, ob die geplante Bebauung nicht als rücksichtslos gegen die Nutzungsbe- langende des Elias-Kindergartens aufzu- fassen ist. Dieser nutzt seit 86 Jahren einen großen Teil des Geländes als Frei- und Spielfläche und wäre nach einer Bebauung massiv in seinem Be- trieb eingeschränkt.

> **Beleuchtung in Grünanlagen**

Die Beleuchtung von Wegen in Grün- anlagen ist dort sinnvoll, wo Viele zu Fuß unterwegs sind, etwa zu Halte- stellen des öffentlichen Nahverkehrs. Ein Antrag der Linksfraktion, der ein- stimmig beschlossen wurde, fordert das Bezirksamt auf, solche Wege zu identifizieren. Für die Beleuchtung in Grünanlagen gibt es keine auskömm- liche Finanzierung in Berlin. Deshalb soll das Bezirksamt dieses Thema beim Rat der Bürgermeister beraten.

Einladung BVV-Sitzung

am 2. März 2016

> **38. Tagung der BVV Pankow**

17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal, Hauc 7, in der Fröbelstraße 17

Neue Parkraumbewirtschaftung

> **Aus der Tagung der 37. BVV**

Bezirksamt und Bezirksverordneten- versammlung verschoben den Beginn der 37. Tagung der Bezirksverordne- tenversammlung (BVV) Pankow auf

Wohngebiet und hatten sich deshalb auch an die Linksfraktion gewandt. Nicht überraschend in der Debatte war die Position der »Autofahrerpartei«



© Doris Antony: Wohnstadt Carl Legien, Trachtenbrodtstr. 19/20 – Erich-Weinert-Straße

19 Uhr, um vorher gemeinsam an der Pankower Lichterkerle am internationalen Tag des Gedenkens der Opfer des Holocaust teilzunehmen.

Die Tagung begann mit der Einwoh- nerfragestunde, in der die problema- tische Situation an Pankower Schulen und die geplante Bebauung an der Mi- chelangelostraße thematisiert wurden.

Nach ausführlichen Beratungen im Verkehrsausschuss lag der BVV ein Antrag zur Ausweitung der Parkraum- bewirtschaftung im Ortsteil Prenzlauer Berg vor. Eine Studie hatte ergeben, dass dies aus verkehrlichen Gründen und im Interesse der Anwohnerinnen und Anwohner empfehlenswert ist. Insbesondere tagsüber ist im Gebiet der Carl-Legien-Siedlung ein erhöhter Parkdruck durch Ortsfremde gegeben, die aus den benachbarten Bewirtschaf- tungszonen ausweichen.

Viele Anwohnerinnen und Anwoh- ner erhoffen sich durch die Parkraum- bewirtschaftung eine Entlastung für ihr

CDU, die die Parkraumbewirtschaftung generell ablehnt. Für großen Unmut sorgte allerdings die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgebrachte Ablehnung aus »Gründen der Wirt- schaftlichkeit«. Redner aus den Frak- tionen DIE LINKE, SPD und Piraten bedauerten diese Hinwendung zum populistischen Scheinargument. So- wohl der verkehrspolitische Sprecher der Linksfraktion, Wolfram Kempe, als auch der für Haushaltsfragen zustän- dige Fraktionsvorsitzende Michael van der Meer verwiesen auf die verkehr- lenkende Begründung für die Parkraum- bewirtschaftung. Der Bezirk will nicht Kasse machen, sondern positiv auf die Parkraumnutzung einwirken. Gegen die Stimmen von CDU und Grünen wurde die Ausdehnung der Parkraumbewirtschaf- tung zum 1. März 2017 beschlossen.



Matthias Zarbock
Bezirksverordneter

Thälmannpark:

> **Betongold statt Lebensqualität? – Nein Danke!**

Der Thälmannpark ist ein grünes Refugium für Wohnen und Erholung inmitten dichtbesiedelter Quartiere, in denen es an Grün- und Freiflächen mangelt und für Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und Kitas keine Flächenreserven vorhanden sind. Warum es angesichts dessen sinnvoll sein soll, weitere 400 Wohnungen von privaten und öffentlichen Investoren zu ermöglichen, wurde in der „Voruntersuchung“ zum Thälmannparkareal nicht begründet.

Die Voruntersuchung bildete die Grundlage für vom Bezirksamt im November 2015 vorgelegte „Machbarkeitsstudie“ zur Bebauung der Stellplätze an der Lilli-Henoch-Straße und des angrenzenden ehemaligen Bahngeländes. Sie sieht nunmehr sogar den Bau von 600 Wohnungen vor. Statt einer städtebaulichen Begründung hört man vom grünen Bezirksstadtrat Kirchner nur das Mantra: „Berlin braucht Wohnungen“. Dann könnte man in der Stadt eigentlich jede Fläche bebauen.

Die Linksfraktion lehnt das Ergebnis der „Machbarkeitsstudie“ als Grund-

lage für einen Bebauungsplan von Flächen im und am Thälmannpark ab. Die Frage, ob in Ergänzung zur vordringlich notwendigen Erweiterung der öffentlichen Infrastruktur auch eine zusätzliche Wohnnutzung auf diesen Flächen wohngebiets- und ortsteilverträglich möglich ist, wird durch Machbarkeitsstudie nicht beantwortet. Die geplante Wohnbebauung ist viel zu massiv und zu dicht. Einzig die Planung des Schulcampus hält DIE LINKE für sinnvoll.

Die Ignoranz gegenüber den Problemen der verkehrlichen Erschließung und des ruhenden Kfz-Verkehrs stellt die stadtplanerische Seriosität der „Machbarkeitsstudie“ zusätzlich in Frage. Die Stellplatzanlagen haben im städtebaulichen Gesamtkonzept des autofreien Wohngebiets eine Funktion. Sie anders nutzen zu wollen, ohne eine Idee für eine Sicherstellung dieser Funktionalitäten zu haben, ist inakzeptabel.

Das Baukonzept ist engstirnig auf die Maximierung der verwertbaren Wohnfläche fixiert und rücksichtslos gegen bestehende Qualitäten von Wohnen



Neuer Spielplatz am Ernst-Thälmann-Park

und Erholung im Thälmannpark. Bei Umsetzung dieser Pläne verlören nicht nur der Park, sondern Prenzlauer Berg und letztlich die ganze Stadt städtebauliche Qualitäten und Entwicklungschancen. Der Gewinn läge allein beim privaten Investor.

Die Linksfraktion fordert einen Neuanfang der Entwicklungsplanung, die die Fortschreibung der städtebaulichen Qualitäten des Thälmannpark-Wohngebiets und seine funktionale Bedeutung für den ganzen Ortsteil Prenzlauer



Berg in den Mittelpunkt stellt und die Ideen der Anwohner*innen ernsthaft berücksichtigt.

Michail Nelken
Bezirksverordneter

Tiefe (Ein-)Blicke

> **Anwohner klagt auf Tempo 30**

Das Berliner Verwaltungsgericht hat jüngst beschlossen, der Klage eines Anwohners gegen das Land Berlin stattzugeben und aus der Berliner Allee zwischen Indira-Gandhi-Straße und Rennbahnstraße durchgehend – und nicht nur nachts, wie bisher – Tempo 30 anzuordnen. Begründet wurde dies vom Gericht (laut Presseveröffentlichungen) mit den Lärminderungs- und Luftreinhalteplänen, die die zuständigen Senatsverwaltungen selbst aufgestellt haben.

Das Urteil hat in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) über alle Fraktionen hinweg (mit Ausnahme der CDU) Genugtuung ausgelöst, stellt es

doch in gewisser Weise auch einen Schlusspunkt hinter einer Auseinandersetzung dar, die die BVV seit 2012 mit der Senatsverwaltung für Verkehr – hier der VLB (Verkehrslenkung Berlin) – führt. Ein Blick auf diese Auseinandersetzung ist lehrreich.

Die BVV hatte bereits im Jahr 2012 die Einführung dieses Tempolimits beschlossen. Zuständigkeitshalber, die Berliner Straße ist eine Bundesstraße, wurde das an die Senatsverwaltung überwiesen. Diese antwortete 2014 (!), die BVV könne das gar nicht verlangen, sie sei schließlich kein Anwohner. Dies regelte der „verwaltungsrechtliche Grundsatz zu § 45 Abs. 1 Nr. 3 StVO“. Basta! Dieser „verwaltungsrechtliche Grundsatz“ war im hiesigen Bezirksamt, immerhin Teil der Berliner Verwaltung, jedoch unbekannt...

Auf meine schriftliche Nachfrage, wie er denn lautet und wer ihn beschlossen hat, antwortete 2015 (!) der Leiter der VLB: „Die verwaltungsrechtlichen Grundsätze bestehen teilweise bereits seit Jahrzehnten. [...] Sie setzten sich aus Gewohnheitsrecht, Richterrecht und fundamentalen Verfassungsprinzipien zusammen.“ Übersetzt: Das haben wir noch nie so gemacht; das haben wir schon immer so gemacht; da könnte ja jeder kommen!

In anderen Zusammenhängen wird neuerdings gerne vom „Berliner Verwaltungsnotstand“ gesprochen. Der existiert länger, als man denkt: offensichtlich „seit Jahrzehnten“.



Wolfram Kempe
Bezirksverordneter

In direkter Verantwortung

> LINKE gegen Kampfeinsatz in Syrien

Seit einem halben Jahrzehnt tobt schon der blutige Bürgerkrieg in Syrien. Mehr als 250.000 Menschenleben haben die Kämpfe bisher gefordert. Über 11 Millionen Syrerinnen und Syrer sind auf der



Verlassenes Flüchtlingsobdach im Strand von Kos. Foto: pixelio/Julien Christ

Flucht. Nach und nach griffen unterschiedliche religiöse, ethnische und politische Gruppen in den Konflikt ein. Als ein Hauptprofiteur erscheint derzeit das Terrorregime des „Islamischen Staats“, das Teile des Iraks und Syriens unter seine Kontrolle gebracht hat. Seit 2014

fliegen die USA, gemeinsam mit Willigen aus Europa und arabischen Ländern, Luftangriffe gegen den IS. 2015 griff auch Russland ein.

Nach den Terroranschlägen in Paris beteiligt sich nun auch Deutschland an den Luftangriffen. Es ist mit 1.200 Soldaten der größte aktuelle Bundeswehreininsatz. Die Tornados legen jene Ziele fest, auf die dann Bomben geworfen werden. Damit übernimmt die Bundeswehr direkte Verantwortung für das Sterben von Menschen.

DIE LINKE hat im Bundestag gegen diesen Einsatz gestimmt. Der IS wird durch den Krieg nicht schwächer, sondern stärker. Der Hass wird wachsen und gebiert neue Attentäter und er bestärkt die Ideologie des IS, dass der Westen einen Krieg gegen die islamische Welt führe.

Zudem ist es grundfalsch, einen Bundeswehreininsatz ohne völkerrechtliche Grundlage zu beschließen. Wenn man in

Wahlkreisbüro

Stefan Liebich

Breite Straße 11 A
13187 Berlin-Pankow
(gegenüber der Alten Pfarrkirche)
Ansprechpartnerin: Gabi Kuttner
stefan.liebich.ma04@bundestag.de
Tel.: 030.499 87 408



die Souveränität eines Staats eingreift, braucht man einen entsprechenden Beschluss des Sicherheitsrats der UNO. Den gibt es nicht. Wenn Deutschland sich über das Völkerrecht hinwegsetzt, macht es sich angreifbar und kann anderen Staaten auch nicht vorwerfen, ihrerseits gegen das Völkerrecht zu verstoßen.

Stefan Liebich

Mitglied des Bundestages

Tiefe Traurigkeit

> Stefan Liebich bei Geflüchteten in Prenzlauer Berg

Ende vergangenen Jahres besuchte Stefan Liebich das Flüchtlingsquartier in der Sporthalle Wichertstraße. Es war nicht sein erster Besuch in einer Pankower Notunterkunft, aber es war besonders erschütternd. Man liest und hört ja so einiges, manches muss man aber auch gesehen haben. Wie zum Beispiel das aus Gardinenstoffen und Decken zusammengeflückte Zelt in der oberen Etage der Halle. Seit Wochen ist es das Zuhause einer zehnköpfigen Familie aus dem Irak. Die Zeltkonstruktion soll so etwas wie Privatsphäre ermöglichen – doch das ist reine Illusion. Der Fußboden besteht aus provisorisch verklebten Spanplatten und die untere Halle ist unterteilt mit einer riesigen Plane, in die ein Loch geschnitten wurde. So

sollte kein Mensch in Berlin mehr leben müssen.

Etwa 150 Menschen aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und dem Iran sind hier untergebracht. Im „Aufenthaltsraum“ trifft Stefan auf freundlich lächelnde Frauen und skeptisch dreinblickende Männer. „Do you speak english?“ „Yes“. Und so erfährt Stefan vieles aus ihrer Heimat, ihrer Flucht und ihrem Empfang in Deutschland. Man spürt eine tiefe Traurigkeit, während sie erzählen.

Nur dank der Arbeit des Unterstützernetzwerkes funktioniert die Notunterkunft überhaupt. Rechtlich abgesichert ist dieses Format nicht. Bis zu 60 Ehrenamtliche realisieren den Alltag von Essenausgabe über die Kleiderkammer bis zur Kinderbetreuung. Theoretisch



(o.): St. Liebich im Gespräch mit Geflüchteten
(u.): Zelten in der Turnhalle

stehen dem Betreiber pro Flüchtling und Tag zehn Euro zur Verfügung, doch dieses Geld wird offenbar weder pünktlich noch vollständig vom LaGeSo überwiesen. Das Behördenkürzel gilt längst als Synonym für einen überforderten Senat.

Gabi Kuttner

Wahlkreisbüro MdB Stefan Liebich

Peter Edel

> **Neue Perspektive für das Kulturhaus in Weißensee**

Aus dem ehemaligen Kulturhaus in Weißensee wird ein offenes Kultur-, Bürger- und Bildungszentrum.

2007 geschlossen, prangt noch immer der Name und das Bezirkswappen an der Straßenfassade und hat zu vielen Nachfragen geführt. Vorschläge zur Nutzung und Wiederinbetriebnahme wurden geprüft und scheiterten am gewaltigen Sanierungsbedarf. Inzwischen ist der bauliche Zustand des Hauses besorgniserregend und ich bin froh, endlich unmittelbar Vertragsverhandlungen zu einem Erbbaurechtsvertrag mit dem gemeinnützigen Träger „Kommunales Bildungswerk e. V.“ aufnehmen zu können.

Ausschlaggebend für die Entscheidung zum Vertragspartner war die

klare Vorstellung zur Instandsetzung des Gebäudes und eine realistische Aussage zur Finanzierung der Baumaßnahmen.

Geplant sind der Abriss des in den 1970er Jahren angefügten Anbaus und die Sanierung der historischen Bausubstanz mit dem denkmalgeschützten großen Saal im ersten Bauabschnitt.

Im zweiten Bauabschnitt soll das Gebäude durch einen Neubau ergänzt werden. Nach der Grobkostenschätzung wird allein der erste Bauabschnitt 4,5 Millionen Euro verschlingen.

Neben den Kurs- und Bildungsangeboten des Trägers soll das Haus auch für eine große Palette von Kultur-, sozialen und Nachbarschaftsangeboten



Kulturhaus „Peter Edel“ in Weißensee

zur Verfügung stehen. Im Erdgeschoss ist Gastronomie vorgesehen.

Für mich ist es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger wieder einen Ort zur Einkehr haben und dass der große und kleine Saal für kulturelle Veranstaltungen wie Lesungen, Kleinkunst, Theater- und Musikveranstaltungen zur Verfügung stehen.



Christine Keil
Bezirksstadträtin

Kavaliertstraße 19/19a

> **Stoppschild für Gesobau**

Im Dezember 2015 forderte die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Panikow in einem Beschluss die Gesobau auf, das Modernisierungsvorhaben Kavaliertstraße 19/19a zu stoppen und alle Duldungsklagen gegen Mieter*innen zurückzuziehen. Ferner forderte sie, dass die Gesobau das Haus an eine von den Mieter*innen getragene Genossenschaft veräußert. Warum hat die Linksfraktion diesen Beschluss initiiert, obgleich das eine Privatisierung eines kommunalen Wohnhauses ist?

Die Gesobau will in diesem - wie in zahlreichen anderen Häusern in Panikow - umfangreiche, teure Modernisierungsmaßnahmen realisieren. Dies würde zu erheblichen Mietsteigerungen führen. Die Härtefallregelung des „Mietenbündnisses“ erweist sich auch hier als unzureichend. Sie schützt nicht vor Verdrängung einkommensschwacher Haushalte. Hinzu kommt, dass

der Maßnahmenumfang unnötig groß und unwirtschaftlich ist.

Die Mieter*innen haben mit Engagement und Sachverstand dieser Planung der Gesobau widersprochen, auch weil deren Umsetzung die Bausubstanz und den bauhistorischen Wert des Hauses schädigen würde. Statt eine Übereinkunft mit ihren Mieter*innen zu suchen, verklagte die Gesobau die Mieter*innen auf Duldung der umstrittenen Maßnahmen.

Die Mieter*innen streben die Sanierung und Bewirtschaftung des Hauses in eigener Regie in einer von ihnen getragenen Genossenschaft an, um „ihr“ Haus mit Augenmaß und sozialverträglich zu sanieren. So könnten sie im Haus wohnen bleiben und die Gebäudesubstanz würde auf Dauer erhalten.

Grundsätzlich erwartet DIE LINKE, dass eine kommunale Wohnungsbau-gesellschaft ihre Bestände nach-



Wohnhaus Kavaliertstraße 19/19a

haltig, sozial und im Einvernehmen mit den Mieter*innen saniert. Da die Gesobau dazu offenbar nicht in der Lage ist, müssen alternative gemeinnützige und soziale Wege beschritten werden.



Michail Nelken
Bezirksverordneter

Frauenbeirat: Macht mit

„Liebe Pankowerinnen, Sie leben und/oder arbeiten hier im Bezirk Pankow und wissen somit am besten, was Sie an Pankow besonders schätzen, aber auch was fehlt, was verändert werden muss, um den Bezirk für ihren Lebensalltag attraktiver zu gestalten.“



Mit diesen Zeilen beginnt der offene Brief des Frauenbeirat Pankow vom November 2015, in dem die Pankowerinnen aufgerufen werden, ihre Ideen, Kompetenzen und ihre Forderungen im Vorfeld der Berliner Kommunalwahlen 2016 einzubringen und so aktiv auf die bezirkliche Politik Einfluss zu nehmen.

Es werden Möglichkeiten der aktiven Beteiligung in den verschiedensten ehrenamtlichen Gremien u.a. zu den Themen Integration, Kultur, Soziales, Gleichstellung oder Senioren aufgezeigt. Gleichzeitig gibt es einen Überblick darüber, wie die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und ihre Ausschüsse arbeiten und wie die Bürgerinnen und Bürger sich aktiv einbringen können.

In Wahlkampfzeiten werben Parteien mit ihren Erfolgen, Vorhaben und „kleinen Wahlgeschenken“ – der Frauenbeirat wirbt dafür, dass Bürgerinnen kritisch hinterfragen, was tatsächlich aus dem Wahlprogrammen umgesetzt wurde, wie sich der Bezirk in den ver-

gangenen fünf Jahren verändert hat, und das sich künftig viele an der Gestaltung unseres Bezirkes beteiligen.

Tina Pfaff
Bürgerdeputierte



Einfach nur Geld ausgeben ist keine Kunst

➤ **SPD und CDU haben keinen Plan für sinnvolle Investitionen**

Die SPD-Fraktion überraschte kürzlich von ihrer Klausur aus mit der Ankündigung, dass ab 2018 der Hortbesuch in Berlin kostenfrei sein solle. Worauf wir sagten, dass wir das gut finden, weil DIE LINKE kostenfreie Bildung für richtig hält. Wir sagten aber auch, dass dann endlich die sogenannte Bedarfsprüfung abgeschafft werden müsse, die für viele Familien die eigentliche Hürde zum Zugang zur Hortbetreuung ist. Dafür rührte die SPD-CDU-Koalition allerdings mehr als vier Jahre lang keinen Finger. Auch dass Kostenfreiheit nur dann etwas bringt, wenn gleichzeitig in Qualität und Personal investiert wird, merkten wir an und erinnerten, dass bei den gerade beendeten Haushaltberatungen unsere Vorschläge, zum Beispiel fürs Mittagessen an allen Schulen, von SPD und CDU durchweg abgelehnt wurden.

Wir sind deshalb gespannt, wie die SPD ihre Hort- und auch andere ihrer aus dem Hut gezauberten Vorschläge finanzieren will. Denn dazu war bisher noch nichts zu hören. Vieles, was in diesem Jahr plötzlich versprochen wird, lässt nur eine Schlussfolgerung zu: Die Koalition nutzt die im Moment gute Kassenlage aus, um Wahl-Geschenke zu verteilen. Eine Idee oder ein Konzept dahinter sucht



Abgeordnetenhaus

man vergeblich. SPD und CDU haben das in den letzten Jahren nicht getan – und sie leisten das auch im Wahljahr 2016 nicht –, danach zu entscheiden, was in der Stadt am dringendsten gebraucht wird und welche wichtigen Fragen für die Zukunft angepackt werden müssen.

Dabei ist offensichtlich, was in der Stadt nicht funktioniert: Öffentliche Gebäude verfallen, Schulen werden nicht saniert. Wohnungen sind knapp und Mieten explodieren. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst hält dem Bevölkerungswachstum nicht Stand, in Bürgerämtern, Kitas und Schulen herrscht große Personalnot. Weichenstellungen für eine moderne Energieversorgung und eine zukunftsfähige Mobilität in unserer Stadt wurden versäumt. Tausende Geflüchtete müssen unter unwürdigen Bedingungen in Massenunterkünften leben und können nur durch die Hilfe von ehrenamtlichen Berlinerinnen und Berlinern versorgt werden. Doch genau das sind die Schwerpunkte, in die investiert werden muss, damit unsere Stadt wieder funktioniert.

DIE LINKE will deshalb eine Investitionsoffensive für Berlin. Wir legen dazu einen Masterplan vor, den wir auf unserer Fraktionsklausur Ende Februar in Erfurt diskutieren.

Udo Wolf
Fraktionsvorsitzender



BÜRGERBÜRO

**Elke Breitenbach –
Katrin Möller – Udo Wolf**

Erich-Weinert-Str. 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77



Alle Neune

> LINKE nominiert Pankower Direktkandidat*innen

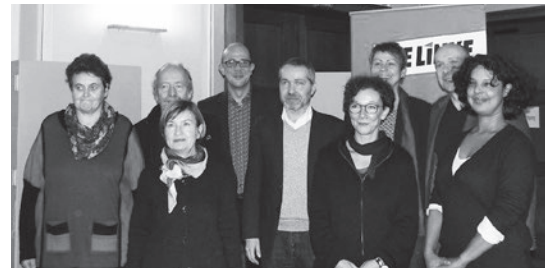
Im November 2015 hat die LINKE ihre Direktkandidat*innen für die neun Pankower Wahlkreise aufgestellt.

Unser Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus Udo Wolf wird im Wahlkreis 5 Pankow-Süd und Heinersdorf ins Rennen gehen. Mit Elke Breitenbach, Wahlkreis 1 in Buch und Karow und Katrin Möller, Wahlkreis 6 im südlichen Prenzlauer Berg, haben wir zwei Frauen nominiert, die im Abgeordnetenhaus energisch für die Themen Arbeitsmarkt-, Sozial- Behinderten-, Senioren- sowie Kinder- und Jugendpolitik eintreten.

Teil unseres Personalangebotes ist auch unsere langjährige sozialpolitische Sprecherin in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Eveline Lämmer.

Sie kämpft um den Wahlkreis 2 in Wilhelmsruh, Rosenthal und Blankenfelde. Der Bezirksvorsitzende Sören Benn tritt im Wahlkreis 3 Pankow-Zentrum und Niederschönhausen an.

Im Weißenseer Wahlkreis 4 geht unsere Bezirksstadträtin Christine Keil an den Start. Um den Wahlkreis 7 wird Jasmin Giama-Gerdes, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der BVV-Fraktion kämpfen. Den Wahlkreis 8 will unser kulturpolitischer Sprecher in der BVV, Matthias Zarbock, gewinnen. Im Wahlkreis 9 tritt Michail Nelken an, ehemaliger Stadtrat für Stadtentwicklung und Kultur sowie stadtentwicklungspolitischer Sprecher der BVV-Fraktion an.



Direktkandidat*innen der Pankower LINKE

Gemeinsam ist allen Kandidierenden die Leidenschaft für linke Politik, die Suche nach solidarischen Lösungen für die Probleme unserer Stadt und Gesellschaft. Dafür muss man sich oft auch in Konflikt begeben mit der Baumaufia, mit Lobbyisten und dem Berliner Politfilz. Denn soziale Gerechtigkeit lässt sich nur erstreiten. Es gibt sie nicht im Gegenzug für's Nettsein.

Sören Benn

Vorsitzender DIE LINKE Pankow

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

20. Februar • 10 Uhr 2. Tagung der 5. Hauptversammlung DIE LINKE Pankow – Beschlussfassung über das Bezirkswahlprogramm, Bezirksamt, BVV-Saal, Fröbelstraße 17 (Nähe S Prenzlauer Allee)

20./21. Februar • 14 Uhr Bezirksvertreter*innenkonferenz zur Aufstellung der Kandidat*innen der Partei DIE LINKE Pankow für die Wahl der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 18. September 2016 BVV-Saal, Bezirksamt, BVV-Saal, Fröbelstraße 17 (Nähe S Prenzlauer Allee)

22. Februar • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV in den Räumen der Linksfraktion

• **19 Uhr Film „Welcome Goodbye“ über aktuelle Themen wie Wohnungsnot und Ferienwohnungen sowie über Perspektiven für eine soziale Stadtentwicklung in der wachsenden Metropole Berlin,** mit Katrin Lompscher, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9 (Nähe S und U Schönhauser Allee)

23. Februar • 10 Uhr Diskussion / Vortrag „Politisches und kulturpolitisches Denken Antonio Gramscis“, Seniorenclub im Karl-Liebknecht Haus, Kleine Alexanderstraße 28 (Nähe U Rosa-Luxemburg-Platz), Veranstalter: Helle Panke

24. Februar • 19.30 Uhr Diskussion / Vortrag „Der Sänger und die ‚alten Genossen‘“, Der

junge Biermann in der DDR 1953 bis 1965, Salon Rohnstock, Schönhauser Allee 12 (Nähe U Senefelder Platz), Veranstalter: Helle Panke

25. Februar • 14.30 Uhr Bürgersprechstunde von Elke Breitenbach, Mitglied des Abgeordnetenhauses, im Amtshaus Buchholz, Nachbarschafts- und Familien-Café (EG links), Berliner Straße 24, 13127 Berlin

• **15 Uhr Diskussion / Vortrag „Die Kinder von Golzow zwischen gestern und heute“ mit**

Barbara Junge und Winfried Junge, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9 (Nähe S und U Schönhauser Allee)

• **19 Uhr Diskussion / Vortrag „Kapitalismus ohne Wachstum? Oder: Warum kapitalistisches Wachstum und (Natur)zerstörungen untrennbar sind“,** mit Dr. Athanasios Karathanassis (Politik- und Sozialwissenschaftler, Universität Hannover und Hildesheim), Helle Panke, Kopenhagener Straße 9 (Nähe S und U Schönhauser Allee)

Berlinxx.net

Greifswalder Straße 220
10405 Berlin

030/547 13 44 8
030/547 13 44 9
buero@berlinxx.net



**Offenes Bürgerbüro von
Carola Bluhm, Uwe Doering
und Klaus Lederer**

DIE LINKE. Bezirksverband Pankow

Fennstraße 2, 13347 Berlin
(S Wedding / U Reinickendorfer Str.)

Tel.: 030 440 17 780
Fax: 030 440 17 781

bezirk@die-linke-pankow.de

Linksfraktion in der BVV Pankow

Bezirksamt
Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109

Tel: 030 42 02 08 73
Fax: 030 42 02 08 74

kontakt@linksfraktion-pankow.de



Stammtisch

> Verunsicherung und Angst

Erstes Treffen beim Eisernen Gustav 2016. Die Mitglieder des Stammtisches waren vollzählig anwesend. Die Wirtin ließ es sich nicht nehmen und füllte selbst die Gläser. Sie begrüßte uns sehr herzlich: „Möge Frieden für Deutschland uns weiterhin begleiten.“

Ihre Grußformel griff Lena sofort auf. „Ja, nach dem schlimmen Terrorakt in Paris formulierte der französische Präsident: ‚Wir befinden uns im Krieg.‘ Hat er Recht?“

Manfred setzte fort: „Zur Zeit toben mehr als 400 Auseinandersetzungen mit Waffengewalt. Mit Ausnahme Australiens sind alle anderen Erdteile daran beteiligt. Die USA haben mit mehr als 40 Beteiligungen einen riesigen Anteil. Es ist ihr erklärtes Ziel, Weltgendarm zu sein. 1940 wur-

de eine solch weltweite militärische Auseinandersetzung als Weltkrieg bezeichnet. Teuflich sind hierbei die Terrorakte, sie treffen vor allem die Zivilbevölkerung. Ein sicherer Schutz der zivilen Bevölkerung ist beinahe unmöglich.“

Annemarie: „Abscheulich die Tötung von zehn deutschen Touristen in der Türkei. Völlig unnötig die Demontis der deutschen Politiker, Deutsche sollten nicht getroffen werden. Das ist unglaublich und schafft Unsicherheit. Der Terror soll die Bevölkerung verunsichern und Angst schaffen. Dieser Terrorkrieg kann nicht gewonnen werden. Er trifft die Unschuldigen und soll demoralisieren. Aber auch die materiellen Lebensbedingungen werden auf Jahrzehnte zerstört.“

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow
Fennstraße 2, 13347 Berlin
Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Katina Schubert

Redaktionsschluß: 28. Januar 2016
Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
Auflage: 4.000

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 25. April 2016.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Michael van der Meer, Stefan Liebich, Gabi Kuttner, Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Matthias Zarbock, Sandra Brunner, Katina Schubert

Die **extraDrei** braucht Spenden!

Empfänger: DIE LINKE Berlin

Konto-Nr.: 43 84 81 68 00

BLZ: 100 200 00

Verwendungszweck: 810-505

Klaus: „Wie lange noch! Auch ich habe Angst und bin verunsichert.“

Klaus Flemming

SUDOKU

mittel

Vitamine für's Gehirn

schwer

1	3							
8			3				7	
				2				4
		1					3	8
7				3				
2	9		6			7		5
			5		8			9
	2	8			4	1		
		5		1	3			

	5			3		8		
			6			9		2
					1			
		2				6	5	3
		5	7		3		9	
		3					2	
9					6		3	
		6						
	4	1	5					

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.